



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Harald Güller, Inge Aures, Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann, Christian Flisek, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Arif Taşdelen, Ruth Müller SPD**

Haushaltsplan 2019/2020;

hier: ÖPNV-Ausgleichsleistungen im Ausbildungsverkehr – Kostenloses Schülerinnen- und Schüler-, Azubi- und Studierendenticket (Kap. 09 06 TG 65)

Der Landtag wolle beschließen:

Im Kap. 09 06 (Öffentlicher Verkehr, Radverkehr) wird der Ansatz der TG 65 (Öffentlicher Personennahverkehr (Ausgleichsleistungen im Ausbildungsverkehr)) im Jahr 2019 von 103.400,0 Tsd. Euro um 9.000,0 Tsd. Euro auf 112.400,0 Tsd. Euro und im Jahr 2020 von 103.400,0 Tsd. Euro um 45.000,0 Tsd. Euro auf 148.400,0 Tsd. Euro angehoben.

Begründung:

Um im Sinne einer sozialverträglichen Verkehrswende den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in Bayern für Schülerinnen und Schüler sowie Auszubildende und Studierende nicht nur finanziell zu unterstützen, sondern kostenlos nutzbar zu machen, müssen die Finanzmittel in dieser TG deutlich erhöht werden.

Die Zielgruppen dürfen trotz teils geringer oder fehlender eigener Einkünfte nicht in ihrer Mobilität eingeschränkt werden. Die Kosten der Anfahrt zu Schule, Berufsschule, Universität und Ausbildungsplatz und insgesamt für die Nutzung des ÖPNV sollen entfallen.

Der Freistaat Bayern soll sämtliche Anstrengungen unternehmen, um in einem flächendeckenden System der bayerischen Verkehrsbünde ein solches Ticket einzuführen. Dies ist dabei auch im Hinblick auf das längerfristige Ziel eines kostenlosen ÖPNV zu sehen.

Mit den Zuweisungen werden die Träger, die vom Ausfall der entsprechenden Ticketzahlungen betroffen sind, entlastet. Mit den Mitteln sollen auch erste Anlaufkosten, die bei der Umstellung von Tarifstrukturen anfallen, ausgeglichen werden.

Mittel- und langfristig rechnen sich alle Investitionen in einen flächendeckenden, attraktiven und letztendlich kostenlosen ÖPNV deutlich: Der bayerische Verkehrssektor allein richtet durch seine Treibhausgasemissionen nach Schätzungen einen Schaden von mehreren Milliarden Euro pro Jahr an Folgekosten (vor allem für Umwelt und Gesundheit) an, Tendenz steigend. Eine Wende hin vom motorisierten Individual- hin zum öffentlichen Nahverkehr mit weniger Schadstoffausstoß rechnet sich für Bayern.

Die Änderungsanträge der SPD mit einer deutlichen Erhöhung der Mittel für den ÖPNV sind für den Freistaat Bayern eine nachhaltige und entscheidende Weichenstellung bei der unverzichtbaren und überfälligen Verkehrswende.